

konzeptionell angegangen wurden, einmal mehr Herr Kuntke zu bieten: „Die Vorgabe in der Sozialpolitik wird vom Bund gemacht. Die Stadt Bamberg stellt in ihrem Haushalt nicht unerhebliche Mittel für freiwillige Leistungen zur Verfügung, die den unterschiedlichen sozialen Projekten zugutekommen.“ Sowa (GAL) sieht dagegen viele Problemfelder. Für die gesamte Stadt stünden nur eineinhalb Stellen „Streetworker“ zur Verfügung. „Viel zu wenig im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit.“ Zudem: „Die städtische Migrationspolitik wird nur theoretisch betrieben, es fehlt die Umsetzung an allen Enden.“ Es mangle unter anderem auch an einem „interkulturellen Garten, einer Quote für MigrantInnen in verantwortungsvollen Positionen ... Altenhilfeplanung gibt es auf dem Papier, aber auch hier wird viel zu wenig umgesetzt. Barrierefreiheit? Nachbarschaftsgestützte Netzwerke? Nur Lippenbekenntnisse.“ Ferner: Die Mehrheit des Stadtrates beschliesse Bebauungspläne für

Einkommensstarke und lehne Quoten für sozialen Wohnungsbau ab.

**Was tut das Rathaus gegen rechte Untriebe?**

Auch Seidl (FDP/BR) und Müller (CSU) vermissen „bezahlbaren Wohnraum“ in Bamberg. Letzterer betont in diesem Zusammenhang, dass seine Fraktion erst unlängst „die Erstellung eines sog. qualifizierten Mietspiegels beantragt“ habe, „um die Mieten nicht unkontrolliert in astronomische Höhen steigen zu lassen“. Weinsheimer (FW) sieht Familienpolitik eher generell vernachlässigt: „Kinderarmut nimmt sichtbar zu; bestimmte Wohngegenden zeigen Zeichen des Niedergangs.“ Nur für Tscherner (BBB) liegt der Hund wie angedeutet explizit „bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften“ begraben: Hier erwachsen Probleme durch unterschiedliche Bezahlung gleicher Tätigkeiten bei Neueinstellungen bzw. Beschäftigung von Leiharbeitern.

Themenwechsel – auch aus aktuellem Anlass. Statt sich endlich nachdrücklich zu entschuldigen, dass man zweimal mehr als halbherzig, teilweise auch bestenfalls hilflos gegen die NPD-Bundesparteitage zu agieren versuchte, letztlich nur außerhalb der Bannmeile ein paar, von den meisten Initiativen allerdings weitgehend gut gemeinte Infostände gegen die braune Brut gewähren ließ, statt etwa selber Sitzblockaden vor allen Eingängen der Konzerthalle durchzuführen und damit ansatzweise wirkliche Zivilcourage zu beweisen, zeigte sich das PR-Team um OB Starke unlängst doch regelrecht stolz: Mit der Satzungsänderung für die Halle an der Mußstraße fortan bundespolitische Veranstaltungen auszuschließen, habe man vermeintlich den Stein der Weisen gefunden. Selbst wenn die NPD tatsächlich letztlich insbesondere deshalb nicht versucht, durch alle Instanzen zu klagen, geht zwar vielleicht der nächste „Bundesparteitag“ an Bamberg vorbei. ▶

Anzeigen



**DEB**  
Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk

**Studium** (Bachelor of Science) **in Bamberg**

- » Ergotherapie
- » Logopädie
- » Physiotherapie

**Ausbildungen in Bamberg**

- » Masseur/in und medizinische/r Bademeister/in
- » Ergotherapeut/in
- » Physiotherapeut/in
- » Pharmazeutisch-technische/r Assistent/in

**Weiterbildungen in Bamberg**

- » Manuelle Therapie - ab 03.11.2011
- » Manuelle Lymphdrainage - ab 03.10.2011
- » Kinesiologisches Taping - Grundkurs am 22./23.10.2011
- » Ausbildung zum Rückenschullehrer ab 12.11.2011

**LOOK AHEAD**  
**CLEVERE-ZUKUNFT.DE**  
DEB-Gruppe | Tel. 0951-91555-0



**Franky Land**  
**KINDERSPIELPARADIES**

**Öffnungszeiten:**

Di - Fr	14.00 - 19.00 Uhr
Sa, So, Feiertage	12.00 - 19.00 Uhr
Montag Ruhetag	Gruppen a. Anfrage!
In bayerischen Schulferien	
täglich von	12.00 - 19.00 Uhr

**Memmelsdorferstr. 75**  
**96052 Bamberg**

**Tel/Fax 0951.9163090**  
**Mobil 0176.23545903**

Aber was ändert das tatsächlich? Mal ganz abgesehen davon, dass es nicht um das, wo die Neonazis tagen, gehen kann (denn was macht es besser, wenn etwa Hallen in Hohenmölsen, der Nähe von Erfurt, oder oder oder dran glauben sollen), sondern darum, warum sie und andere rechtsextreme Strömungen überhaupt Zuspruch haben, ist „unsere“ Stadt ohnedies auch ohne solche Großveranstaltungen beileibe nicht so bunt, wie gerne getan wird. Das zeigt sich nicht nur an regelmäßigen Nazischmierereien in Bamberg und Umgebung – wie zuletzt dem Farbanschlag auf das Balthasar, einem alternativ geprägten studentischen Aufenthalts- und Mehrzweckraum am Kaulberg, oder daran, dass erst im Mai dieses Jahres in der „gut bürgerlichen“ Gaststätte „Kraus“ in Hirschaid regionale NPDler nebst ihrer Fahne ungestört mehr oder minder offen agieren durften und zumindest von den Betreibern offensichtlich willkommen waren. Und was ist mit den vom FT schon vor Jahren nunmehr erstaunlich zurückhaltend als „rechtskonservativ“ bezeichneten „Republikanern“, die nach eigener Aussage regelmäßig ungestört ihre Stammtische im „Vereinsheim Wilde Rose“ in der Memmelsdorfer Straße 26 oder im Gasthaus „Zum Sternla“ mitten in der Innenstadt abhalten konnten und seit 1990 durchgehend – wenn auch nur noch mit einer Nase (einem Polizeiobermeister a.D.) – im Stadtrat vertreten sind? Warum ist nichts davon zu spüren, dass die „Stadt Bamberg“ „allen rechtsradikalen Tendenzen entschlossen entgegentritt“ und zivilgesellschaftliche Initiativen tatkräftig unterstützt?

Für die GAL – die sich unsere Stadtratsfragen untereinander aufteilt – antwortete Kiki Laaser mit einem etwas breiteren Blick – generell würden an verschiedenen Orten in ganz Oberfranken im Unterschied zu den Vorjahren immer häufiger einschlägige Treffen stattfinden. Speziell in Bamberg gebe in vielen Stadtteilen die steigende Zahl von Aufkleber- und Sprühaktionen zu denken, die neuerdings anscheinend

gezielter gegen Antifaschisten, Kirchen und zuletzt eben gegen das Balthasar gerichtet seien. Weinsheimer (FW) sieht indes wenig aktuelle Auffälligkeiten: „Es gibt zu jeder Zeit und überall mehr oder weniger rechtsradikale Tendenzen ... In Bamberg gibt es sicher auch Menschen, die Sympathie für rechtsradikale Ideen haben, z.B., weil sie sich benachteiligt oder ausgegrenzt fühlen.“ Seine Fraktion richte ihre „Politik deshalb grundsätzlich danach aus, dass sich keine Bevölkerungsgruppe in berechtigten Sachanliegen überhört fühlt“. Ähnlich denkt auch Tscherner (BBB): „Aus sozialen Ungerechtigkeiten und Problemen erwächst Unzufriedenheit und die Neigung zu rechtsradikalem Denken. Der Verwaltungschef muss mit gutem Beispiel vorangehen und soweit es in seiner Macht steht, Ungerechtigkeiten sowohl in finanzieller als auch in sozialer Hinsicht vermeiden bzw. beseitigen.“

### Umgeht OB systematisch Pachtgenehmigungen?

Und während die SPD-Stadtratsfraktion überhaupt „keine ‚besorgniserregenden rechtsradikalen Tendenzen‘ in Bamberg sieht, gemahnt Seidl (FDP/BR), nicht nur auf einem Auge blind zu sein, sondern sich mit Rechts- „und Linksradikalen kritisch auseinander(zu)setzen“. Auch wenn sie Aufklärung „über die Gefahren“ an Schulen und bei sonstigen Gelegenheiten befürworte: Ihre drei Fraktionsmitglieder würden keine großen Kampagnen führen, damit „diese Menschen und ihr Tun und Denken“ nicht auch noch eine Aufwertung erfahren. „Unsere Republik“ ist auch nach dem Erachten von Müller (CSU) „jedenfalls aktuell nicht in Gefahr“. Links- und Rechtsradikalismus seien im übrigen gesamtgesellschaftliche Probleme in vielen Demokratien.

Zurück zu leichter verdaulichen Fragen und vergleichsweise banaleren Problemen: Wir erhalten viele Themenanregungen von Leser\_innen. Doch noch keine erteilte uns mit der dringlichen Bitte, den Namen der Schreiberin un-

bedingt geheim zu halten: Eine Familienangehörige der Betroffenen mit gleichem Nachnamen liebäugelt mit einer Stelle in der unteren Verwaltungsebene der Stadt und wenn sie dann mit Kritik am OB in Verbindung gebracht würde, drohe sicher Sippenhaft. Selbst wenn diese Angst hoffnungsvollerweise unbegründet sein sollte, sagt diese Begegnung doch viel über das Zutrauen der Bürger\_innen der Region in die Lokalpolitik aus. In der Sache selbst ging es um den sogenannten infranken.de-City-Beach an der Uferpromenade des Kunigundendamms, der den FT als Sponsor und Namensgeber hat und offenkundig unter anderem viel Lärm für die Nachbarschaft und zugeparkte Ausfahrten verursacht. Beschwerden an das Stadtoberhaupt hätten zu nichts geführt. Was nicht verwundert, wenn man bedenkt, dass diese Open-Air-Bar 2011 überhaupt nur deshalb ausschenkt, weil der OB hier offensichtlich Sonderrechte gewährt.

Der Vertrag mit dem betreibenden Wirt sei Ende des Jahres 2010 ausgelaufen, mahnte unlängst auch die GAL. Monate zuvor hatte dieser den Wunsch geäußert, das Grundstück über mehrere Jahre von der Stadt zu pachten. „Dies aber hätte wiederum eine Baugenehmigung für die Beach-Anlage nötig gemacht, die es bislang nicht gab.“ Die Verwaltung unter Regie von Starke habe sich daher den „Trick“ einfallen lassen, auf fünf Jahre eine formlose Zusicherung zu geben, dass der Pachtvertrag jedes Jahr erneut verlängert würde. Damit hat man das Baugenehmigungsverfahren umgangen. Außerdem, so die GAL, wurden dort bereits eindeutig feste Baulichkeiten erstellt, „die in jedem Fall baugenehmigungspflichtig seien“. Trotz des Versprechens seitens des OB, eine Lösung zu finden, habe sich der Stadtrat auch nach einem Jahr weder mit der Angelegenheit befasst, noch sei ordentlich informiert worden. „Es darf nicht sein, dass die Stadt ihre Bürger ungleich behandelt und hier einem noch dazu rein kommerziellen Projekt Vorteile verschafft, rechtliche Ausnahmen macht und Sonderre-